

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UA-JHP/052(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Unterausschuss Jugendhilfeplanung	Montag, 11.02.2013	Jugendamt, Zimmer 403 W.-Höpfner-Ring 4	09:30Uhr	11:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung
Genehmigung der Niederschrift vom 28.01.2013
- 2 Haushalt 2013
- 3 Regelungsbedarf zur Mitzeichnung bei ambulanten
Fachleistungsstunden
- 4 Information aus dem tUA zur Einführung von Leistungsverträgen
- 5 Finanzierung der Einrichtung "die zone! der medientreff"
- 6 Verschiedenes
Kurzinfo zur Problematik Tagespflege

Nichtöffentliche Sitzung

- 7 Verschiedenes
- 8 Anliegen des Zoo-Kindergartens Magdeburg Children`s House e. V.

Anwesend:

Vorsitzender

Schwenke, Wigbert

Mitglieder des Gremiums

Nordmann, Sven

Giefers, Thorsten

Tietze, Erika

Kanter, Liane

Klaus, Detlev Dr.

+ Anwesenheitsliste

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung Genehmigung der Niederschrift vom 28.01.2013

- Herr Schwenke eröffnet die Sitzung Unterausschuss Jugendhilfeplanung;
- die Sitzung ist ordnungsgemäß einberufen, 5 Mitglieder sind anwesend;

Absprachen zur Tagesordnung

- Herr Schwenke informiert zur Versendung des Anliegens des Zoo-Kindergartens Magdeburg Children`s House e. V. und bittet um Aufnahme auf die TO, nicht öffentlich;
- er wünscht unter Verschiedenes eine kurze Info zur DS0036/13 - Betreuung Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft;
- die erweiterte Tagesordnung wird **einstimmig** bestätigt;

Genehmigung der Niederschrift

- die Niederschrift der Sitzung UA JHP vom 28.01.2013 wird **mit dem Abstimmergebnis 4/0/1** bestätigt;

2. Haushalt 2013

- den UA-Mitgliedern liegen folgende Tischvorlagen (TV) vor:
 - o Überarbeitung der Tabelle vom 25.01.13 - Darstellung der Finanzsituation 01/2013
 - o Gesprächsnotizen - Umsetzung des Haushaltsplans 2013 in der Landeshauptstadt Magdeburg nach dem Gespräch mit dem SJR und dem Beigeordneten am 08.02.2013
- Herr Dr. Klaus
 - o beginnt mit der Erläuterung der vorliegenden Tabelle – es bleibt als Variante I beim Vorschlag der Verwaltung vom November 2012, der überarbeitet wurde
 - o informiert vom stattgefundenen Gespräch am 08.12.13 zum Haushalt 2013 mit dem Stadtjugendring (Frau Kanter und Herrn Mainka) und dem Beigeordneten Herr Brüning (liegt schriftlich vor)
 - o stellt die Variante II „Haushaltsvollzug“ zur möglichen Untersetzung des zwischenzeitlich auf 460 Tsd. EUR bezifferten Kürzungsbedarfes vor;
- Herr Nordmann kommt zur Sitzung (6 Mitglieder)
- zwar kann Herr Schwenke die Zahlen der vorliegenden Tischvorlage nicht so schnell nachvollziehen, verlässt sich diesbezüglich auf den Stadtjugendring und fragt, ob dieser den vorliegenden Vorschlag mittragen kann;
- Frau Kanter:
 - o macht noch einmal deutlich, dass die Einrichtungsförderung sowie die Förderung der Erziehungsberatungsstellen der freien Träger gem. vorliegender Mitschrift Vorrang haben
 - o Investitionen aufgeschoben werden müssen
 - o Basisangebot nur vereinzelte Projekte etwas Spielraum (olivgrüne Spalte)
 - o wünscht eine Liste (Zeile 7) zum Aufwuchs Einrichtungsförderung
 - o erwägen Variante II aus Umsetzung des HH-Planes 2013

- Herr Mainka erklärt, dass der SJR die Träger bezüglich vorzeitiger Maßnahmebeginne (wie im Schreiben unter c) geschrieben steht) informiert;
- Frau Tietze, die ebenfalls die Zahlen der TV schwer nachvollziehen kann, bedankt sich bei der Verwaltung und dem Stadtjugendring für die Zuarbeiten und fragt, ob der Stadtjugendring mit der vorgeschlagenen Variante II einverstanden ist;
- Frau Kanter bejaht;
- es folgen noch Anfragen und Diskussionen zum 2. Planungsschritt/Auswirkungen, Basisangebot, Grundsatzbeschluss 2013, 2014
- Herr Schwenke stellt dann zur Abstimmung:

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung stellt nach Kenntnisnahme und Diskussion der Zuarbeit der Verwaltung (s. 2 Anlagen) auf seiner Sitzung am 11.02.13 folgenden Antrag an den Jugendhilfeausschuss zur Umsetzung des Haushaltsplanes 2013:

Der Unterausschuss JHP empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss die dargestellte Variante II zur möglichen Untersetzung der Kürzung von 460 Tsd. EUR im Teilbudget Amt 51 (TB 5151):

- a) Die Drucksachen zur Einrichtungsförderung Jugendarbeit und Erziehungs- und Familienberatung werden beschleunigt erstellt und dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.
- b) Aus den dann zu Verfügung stehenden Haushaltsmitteln wird über Genehmigung der übrigen vorliegenden Förderanträge entschieden.
- c) Bis dahin wird die Verwaltung des Jugendamtes in Abkehr der bisherigen langjährigen Praxis eingeschränkt vorzeitige Maßnahmebeginne (auf Antrag) genehmigen, sofern eine spätere Förderung vor den oben geschilderten Hintergründen/Prioritäten nicht bereits jetzt ausgeschlossen erscheint.
- d) Seitens des Stadtjugendringes wurde zugesichert, neben den bereits schon getroffenen Veränderungen in den Bescheiden, dieses Risiko unter Hinweis auf die oben geschilderte Prioritätensetzung den freien Trägern noch einmal zu verdeutlichen.

Der Unterausschuss JHP wird regelmäßig von der Umsetzung informiert.

Abstimmergebnis 3/1/2

3. Regelungsbedarf zur Mitzeichnung bei ambulanten Fachleistungsstunden

- den UA-Mitgliedern liegt folgendes Material vor:
 - o Anschreiben AG Erziehungshilfen zur Klärung Mitzeichnungsbedarf bei ambulanten Fachleistungsstunden
 - o Stellungnahme der Verwaltung zur Zusammenarbeit öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe bei ambulanten Hilfen nach §§ 27 ff SGB VIII i. V. mit Fachleistungsstunden und Mitzeichnung der Leistungsempfänger
- Herr Schwenke informiert, dass Herr Hickisch, Sprecher der AG Erziehungshilfen, bat die Thematik im Unterausschuss JHP zu behandeln;

- Herr Hickisch
 - o stellt das Anliegen der Träger vor
 - o schildert, dass die Thematik der Unterschriftsleistungen durch die Klienten bundesweit in der Diskussion ist und
 - o informiert über die aktuelle Empfehlung des Landesjugendhilfeausschusses sowie über den Kompromissvorschlag der AG 78 vom 03.12.2012 an die Verwaltung (*beide Infos im Schreiben der AG 78 detailliert enthalten*)
 - o teilt mit, dass die Verwaltung den Kompromissvorschlag – monatliche Unterschriftsleistung nicht akzeptiert, sondern an der Unterschriftsleistung der Klienten pro Fachleistungsstunde festhält;
- Herr Schwenke bedankt sich für die Einführung von Herrn Hickisch und bittet die Verwaltung ihre schriftlich vorliegende Stellungnahme ggf. zu ergänzen ;
- Herr Dr. Klaus übersetzt die einzelnen Punkte der Stellungnahme zur Bewertung des Anliegens in allgemeiner Situation sowie zur Situation der LH Magdeburg ausführlich vor:
 - o einbezogen werden insbesondere - Feststellungen des LRH, Gründe für die Umstellung in bisher mind. 4 weiteren Landkreisen
 - o abgestellt wird zudem auf die Erfordernisse eines zweiseitigen Leistungsvertrages, bestehenden Regelungen im Bereich des Gesundheitswesens, den Familienhebammen
- Herr Nordmann sieht die Bewertung der Verwaltung zum Anliegen der AG 78 keinesfalls so und begründet dies;
- es folgen weitere Diskussionen und Wortmeldungen der UA-Mitglieder zur Thematik, die sich insbesondere auf einen vermuteten höheren Verwaltungsaufwand, Missachtung einer Partnerschaftlichkeit richten;
- Herr Schwenke fragt, ob es feste Vorgaben, Beispiel zum Verfahren oder Handlungsregelung gibt;
- Herr Hickisch antwortet:
 - o dass es verschiedene Festlegungen und Vertragsverfahren in den einzelnen Landkreisen, keine bundesweite Verfügung gibt,
 - o ein dringender Regelungsbedarf besteht
 - o die AG deshalb eine Übergangslösung in Form einer Kompromisslösung erhofft
- Frau Böttge stellt die Situation aus fachlicher Sicht einer leitenden Sozialarbeiterin dar;
- Herr Schwenke stellt abschließend fest:
 - o heute keine Einigung zum Regelungsbedarf bei Mitzeichnung ambulanter Fachleistungsstunden
 - o AG 78, in der die Verwaltung Mitglied ist, soll diesbezüglich einen Antrag (über ein Juhi-Mitglied) an den Jugendhilfeausschuss am 14.03.2013 stellen (Stellenwert der AG)
 - o evtl. vorher im UA JHP behandeln
 - o der UA JHP fordert die Verwaltung auf Möglichkeiten eines Kompromissvorschlages zu prüfen

Abstimmergebnis 5/1/0

4. Information aus dem tUA zur Einführung von Leistungsverträgen

- Frau Dr. Arnold informiert anhand der Niederschrift der letzten tUA-Sitzung zum Stand - Einführung von Leistungsverträgen (LV) - aus dem tUA:
 - o es gab erste Verständigungen
 - o Zeitschiene ist nicht zu schaffen
 - o Umstellung auf LV benötigt Abschluss 2. Planungsschritt $\leftrightarrow$ weiterer Schritt ressourcenübergreifenden integrierten Sozialarbeit in den Versorgungsgebieten
 - o an der Erarbeitung einer neuen FRL wird weiter gearbeitet
- Frau Kanter:
 - o ist der Meinung, dass die Umstellung auf Leistungsverträge und der 2. Planungsschritt zwei voneinander unabhängige Aufgaben sind
 - o verweist auf den Antrag, dass die Förderung freier Träger bis zum HH 2014 auf LV umzustellen ist – und dies auch ohne 2. Planungsschritt
- Herr Nordmann vertritt ebenfalls diese Ansicht und verweist in diesem Zusammenhang auf die Aussagen von Herrn Brüning im Rahmen der ersten Lesung zum 2. PS am 28.01.2013;
- Herr Schwenke:
 - o der UA JHP nimmt den aktuellen Stand zur Kenntnis, hofft zu einem baldigen Ergebnis zu gelangen

5. Finanzierung der Einrichtung "die zone! der medientreff"

- den UA-Mitgliedern liegt folgendes Material vor:
 - o Förderung der Einrichtung „zone! der medientreff“ als medienpädagogische Einrichtung nach § 14 SGB VIII ab Januar 2013
- Frau Dr. Arnold stellt die Beschlussvorschläge der Verwaltung für den Juhi zur Förderung der Einrichtung „zone! der medientreff“ als medienpädagogische Einrichtung vor, geht auf die Arbeitsschwerpunkte ein und erläutert, warum aus Sicht der Verwaltung des Jugendamtes der Bedarf für ein „Mediamobil“ derzeit nicht gesehen wird
- Frau Kanter empfiehlt, die Förderung der Einrichtung "die zone! der medientreff" gleich über Leistungsverträge zu vereinbaren;
- Frau Tietze interessieren die Auswirkungen, die die Förderung der Einrichtung als medienpädagogische Einrichtung auf den 2. Planungsschritt hat und aus welchem Grund dieser Beschluss zur Förderung vorgezogen werden muss;
- Herr Giefers
 - o bemängelt den fehlenden OT-Bereich
 - o fehlende Darstellung der Diskrepanz Träger/Verwaltung in der Drucksache
 - o welche Ziele, welcher personelle Umfang sind gewollt
- Frau Dr. Arnold antwortet:
 - o die DS soll aus dem 2. Planungsschritt herausgelöst werden – begründet durch Alleinstellungsmerkmal, Profilschärfung, sonst Verzögerung
 - o die Punkte wurden mit dem Träger abgestimmt, es gab keine Diskrepanz zu den Arbeitsschwerpunkten
 - o OT-Bereich nicht mehr in der bisherigen Form enthalten, da die Einrichtung kein klassisches Kinder- und Jugendhaus ist – nach 2. Planungsschritt und nach mehreren Planungsgesprächen mit dem Träger

- Herr Schwenke erinnert, dass die Grundtendenz nicht neu ist, sich der Abschluss 2. Planungsschritt verschiebt und hier durchaus ein Beschluss vorgezogen werden kann, Herr Bache bekräftigt dies;
- Herr Mainka spricht sich eindeutig für die Förderung durch Leistungsverträge aus und bekräftigt Herrn Giefers Aussage zur Widersprüchlichkeit des vorliegenden Materials, der eigentlichen Absichten des Trägers;
- Herr Schwenke stellt fest, zwei verschiedene Aussagen stehen sich gegenüber und fragt die Verwaltung, ob die Förderung durch LV schon realistisch ist;
- Frau Kanter fragt, ob der Wegfall des OT-Bereiches mit dem Träger abgestimmt wurde und schlägt vor, dass sich der UA hinsichtlich eines Verbleibes des OT-Bereiches positionieren sollte;
- Frau Dr. Arnold:
 - o Verwaltung muss prüfen, ob LV möglich sind
 - o Zeitspanne kann noch nicht eingeschätzt werden
 - o hat die Info erhalten, dass der Entwurf dem Träger bekannt ist
- Herr Giefers verliest aus einer eigenen Korrespondenz den Standpunkt des Trägers zum vorliegenden Entwurf der Einrichtungsförderung;
- Herr Nordmann
 - o fragt, warum nicht gleich der Vorschlag, in Richtung LV zu fördern, vorliegt
 - o stellt fest, dass heute nicht abschließend beraten werden kann, da noch offene Fragen zu prüfen sind
 - o wenn OT-Bereich wegfällt, dann überhaupt ausreichend Abdeckung des Bedarfes gegeben – bedauert an dieser Stelle das Fehlen des 2. Planungsschritts
 - o hofft nach 2. Lesung auf Klärung
- Herr Schwenke stellt zusammenfassend zur Abstimmung:

Der TOP - Finanzierung der Einrichtung „zone! der medientreff“ wird heute nicht abschließend behandelt, UA kann heute keine Empfehlung geben – Kommunikationsproblem.

Die Thematik wird in der nächsten UA-Sitzung (nach der 2. Lesung zum 2. Planungsschritt) und nach Prüfung der zwei folgenden Arbeitsaufträge der Verwaltung erneut behandelt:

Prüfung – Förderung der Einrichtung durch Leistungsverträge und
Stellungnahme des Trägers einholen

Abstimmergebnis 6/0/0

6. Verschiedenes

- ①
- Herr Dr. Klaus informiert über im Gesamtüberblick über insgesamt 8 besondere Vorkommnisse zur Thematik Tagespflege

②

- Herr Schwenke
 - o informiert, dass Herr Krull auch in Absprache mit ihm per E-Mail beantragt hat, die DS0036/13 - Betreibung Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft – auf die TO im Juhi am 14.02.2013 aufzunehmen, da weder der UA JHP noch der Juhi in der Beratungsfolge vorgesehen sind
 - o fragt, ob das Jugendamt an der Erstellung der DS beteiligt war
 - o wundert sich über die Absicht der Verwaltung, da hier im UA bisher die Tendenz, die Betreibung der Einrichtungen in freier Trägerschaft bestand
- Herr Dr. Klaus
 - o Jugendamt war beteiligt
 - o OB hat in Presseerklärung Absicht der Verwaltung klar dargestellt
 - o verweist auf den Juhi am Donnerstag

③

- Herr Giefers fragt, in wie weit bekannt ist,
 - o dass sich das Land aus der Jugendpauschale/Fachkräfteprogramm zurückzieht
 - o generationsübergreifende Aspekte einbringt
 - o
- Herr Dr. Klaus informiert, dass diesbezgl. noch keine schriftlichen Mitteilungen vorliegen, das Fachkräfteprogramm ähnlich der Jugendpauschale in den Etat des MS wechseln soll; zur generationsübergreifenden Zielsetzung ist nichts bekannt
- Herr Schwenke stellt die Nichtöffentlichkeit her;

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Wigbert Schwenke
Vorsitzender

Iris Kiuntke
Schriftführerin